

**Bündnis für den Mittelstand im Rheingau-Taunus-Kreis -
Fachforum Public-Private-Partnership – Öffentlich-Private-Partnerschaft - PPP
Donnerstag, 19. April 2007, Cafeteria des Kreishauses**

Im Rahmen der Auftaktveranstaltung zum Bündnis für den Mittelstand hatten die Unternehmen das Thema PPP auf die Wunschliste der zu behandelnden Themen gesetzt. In der Cafeteria des Kreishauses trafen sich am 19. April Politiker, Bürgermeister, Vertreter von Banken, Sparkassen, Kammern, Verbänden, Verwaltung und aus Unternehmen.

Nach der Vorstellung von Formen und Modellen von PPP, wurde über Möglichkeiten für den Rheingau-Taunus-Kreis diskutiert. Das große Ziel muss sein, trotz der Verpflichtung zu sparsamer Haushaltsführung in den Städten, Gemeinden und Landkreisen, dass die Wertschöpfung in der Region bleibt. Dies geht aber nur, wenn die Lose nicht zu groß gewählt werden, dass also bspw. jeweils nur eine Schule oder ein Schwimmbad in öffentlich-privater Partnerschaft betrieben werden. Auch sollte die öffentlich-private Partnerschaft nicht von der Umsatzsumme abhängig sein. So wurde von Unternehmerseite gefordert, dass bei PPP-Modellen die heimischen regionalen Banken eingebunden werden müssen und öffentliche Zuschüsse als Anschubfinanzierung auch im PPP-Bereich zur Anwendung kommen sollten. Eher kritisch gesehen in Bezug auf hohe Einsparerwartungen wurde das „Offenbacher Modell“, dass durch seine Auslagerung von Schulsanierung und –betrieb von sich reden macht. „Wir halten das bei uns für zu groß“, formulierte Landrat Burkhard Albers seine Einschätzung des Modells. „Ich bin kein großer Freund von PPP und der Mittelstand fällt oftmals hinten runter“. Bei knappen Kassen muss allerdings die Phantasie gefragt sein, nach Investitionsmöglichkeiten zu suchen.

Als Kritikpunkte wurden der scharfe Preisdruck durch Subunternehmer und die vielfach zu beobachtende Ortsferne der am Bau Beschäftigten, was bei Regressansprüchen zu zeitlicher Verzögerung führt, genannt. Positiv an PPP wurde der Wegfall des Bau- und Betreiberberrisikos hervorgehoben. Befürchtete Risiken der Langzeitbindung an die Geschäftspartner sollten über entsprechende Vertragsmechanismen ausgeräumt werden. Auch wurde klar gesagt, dass nicht jedes Objekt für eine öffentlich-private Partnerschaft in Frage kommt und die öffentlich-private Partnerschaft nicht nur auf die Finanzierung beschränkt sein darf, sondern die Immobilie als Ganzes betrachtet. Bürgermeister Petri aus Hünstetten erklärte, dass „das Bauen nach den Richtlinien öffentlicher Vergabeordnung der Vergangenheit angehören sollte“. Durch die Einrichtung von Eigenbetrieben können die einheimischen Betriebe wesentlich besser zum Zuge kommen. Durch die Möglichkeit bspw. nach zu verhandeln und bei der Vorsteuer abzugsberechtigt zu sein entstehen Vorteile.